

04.12.1986

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

10. Wahlperiode

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**

**10/672 - 1**

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987

hier: Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung,

Wohnen und Verkehr

- Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen

Berichterstatter Abgeordneter Soénius CDU

Beschlußempfehlung

Dem Entwurf des Einzelplans 11 wird unverändert zugestimmt.

BerichtA Allgemeines

Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen hat die in seine Zuständigkeit fallenden Ansätze des Einzelplanes 11 in den Sitzungen am 24. September, 15. Oktober, 12. November und 3. Dezember 1986 beraten.

Änderungen ergaben sich dabei nicht. Während die Fraktionen von SPD und CDU bei der abschließenden Beratung am 3. Dezember 1986 keine Änderungsanträge stellten, fanden die von der Fraktion der F.D.P. vorgelegten zahlreichen Änderungsbegehren keine Mehrheit.

B Ergebnis der Beratungen

Im einzelnen beriet der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen folgende Haushaltsansätze:

- I. Kapitel 11 010 - Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
- II. Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen
- III. Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung, des Bauwesens und der Freizeit
- IV. Kapitel 11 050 - Darlehen und Zuschüsse für den Wohnungsbau
- V. Kapitel 11 060 - Zusätzliche Maßnahmen zum Wohnungsbau
- VI. Kapitel 11 080 - Staatshochbauverwaltung

- VII. Kapitel 11 100 - Institut für Landes- und Stadtentwicklungs-forschung
- VIII. Kapitel 11 200 - Landesprüfamt für Baustatik Düsseldorf
- IX. Kapitel 11 210 - Geschäftsstelle der ARGEBAU
- X. Kapitel 11 300 - Schloß Augustusburg und Schloß Falkenlust in Brühl

Die SPD-Fraktion legte zu den Haushaltsberatungen 1987 keine Änderungsanträge vor. Demgegenüber brachte die CDU-Fraktion ursprünglich zwei Änderungsanträge ein, die sie jedoch nicht aufrecht erhielt. Zum einen handelte es sich dabei um einen Antrag zum Verzicht auf die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe, der unter Hinweis auf die Plenardebatte Ende November 1986 als erledigt erklärt wurde. Zum anderen erklärte der Sprecher der CDU-Fraktion, daß man den Antrag auf Erhöhung der Landesmittel für die Stadterneuerung jetzt nicht stellen werde, sondern vielmehr sich vorbehalte, den Antrag in einem erweiterten Umfang in die Plenardebatte zur 2. Lesung einzubringen.

Die F.D.P.-Fraktion legte ein umfangreiches Bündel von Änderungsanträgen zum Haushalt vor. Während die CDU-Fraktion in Einzelanträgen durchaus eigene Positionen wiederfand, denen man zustimmen könne, während in anderen Fällen dies nicht möglich sei, lehnte die SPD-Fraktion die Anträge geschlossen ab. Die CDU-Fraktion enthielt sich der Stimme.

Im einzelnen wurden folgende Anträge von der F.D.P.-Fraktion gestellt:

| Kapitel | Titel  | Kurzbezeichnung            | Haushaltsansatz | Kürzung   | Begründung in Stichworten   |
|---------|--------|----------------------------|-----------------|-----------|---|
| 11 010  | 422 10 | Bezüge der Beamten         | 20.000.000      |           | Reduzierung des allein mit parteipolitischen Aufgaben befaßten Personals in den Führungsspitzen der Ressorts  |
| 11 010  | 425 10 | Bezüge der Angestellten    | 9.291.000       | 1.000.000 |   |
| 11 010  | 515 10 | Geräte usw.                | 605.000         | 300.000   | Sparhaushalt erfordert Zurückhaltung auch bei umzugsbedingten Neuschaffungen  |
| 11 010  | 517 10 | Grundstücksbewirtschaftung | 700.000         | 50.000    | Trotz zusätzlicher Neuanmietung erscheint die Kostensteigerung insbesondere vor dem Hintergrund gesunkener Energiepreise überhöht   |
| 11 010  | 526 10 | Sachverständige            | 426.500         | 200.000   | Teil der überhöhten, konzeptionslosen Gutachtenvergabe durch die Landesregierung; Sparhaushalt gebietet Reduzierung der "querschnittsbezogenen, ressortinternen Forschung". Warum ist diese intern möglich? |

| Kapitel | Titel  | Kurzbezeichnung   | Haushaltsansatz | Kürzung   | Begründung in Stichworten  |
|---------|--------|---|-----------------|-----------|--|
| 11 010  | 527 10 | Reisekosten   | 283.000         | 65.000    | Sparhaushalt läßt Reisekostenersparnis (unter Berücksichtigung der Umressortierung) nur im Rahmen der Ergebnisse 1985 zu |
| 11 010  | 812 10 | Geräte etc.   | 210.000         | 60.000    | Sparhaushalt erfordert Zurückhaltung auch bei umzugsbedingten Ersatz- und Ergänzungsanschaffungen                        |
| 11 020  | 531 10 | Öffentlichkeitsarbeit                                       | 261.000         | 200.000   | Rückführung der überzogenen Selbstdarstellung der Landesregierung auf ein dem Sparhaushalt angemessenes Maß              |
| 11 020  | 531 20 | Veröffentlichungen  | 280.000         |           |  |
| 11 020  | 685 20 | Wissenschaftliche und experimentelle Untersuchungen         | 32.000          | 10.000    | Teil der überhöhten, konzeptionslosen Gutachtenvergabe durch die Landesregierung   |
| 11 040  | 684 10 | Förderung Freizeitinitiativen zwischen Arbeit und Ruhestand | 1.000.000       | 1.000.000 | Keine Aufgabe der Landespolitik; Konzeption dieser Initiativen?  |

| Kapitel | Titel  | Kurzbezeichnung  | Haushaltsansatz | Kürzung    | Begründung in Stichworten   |
|---------|--------|--|-----------------|------------|---|
| 11 040  | 685 13 | Wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiet der Freizeit | 350.000         | 250.000    | Augenfälliges Beispiel für die überhöhte, konzeptionslose Gutachtenvergabe durch die Landesregierung                                  |
| 11 040  | 685 16 | Zuwendungen an Siedlerbund, Fördervereine für Wohnwesen usw. | 122.600         | 10.000     | Sparhaushalt erlaubt Be-zuschußung allenfalls im Rahmen des Ergebnisses 1985  |
| 11 040  | 821 10 | Grundstücksfonds Brachflächen                                | 28.500.000      | 10.000.000 | Sparhaushalt läßt angesichts der enormen Ausgaben der Vorjahre keine neuen Vorkaben in 1987 zu  |
| 11 040  | 821 20 | Grundstücksfonds Ruhrgebiet                                  | 68.250.000      | 20.000.000 | Sparhaushalt läßt neue Vorhaben nicht in dem beabsichtigten Rahmen zu   |
| 11 040  | 883 10 | Städtebau Ruhrgebiet   | 34.250.000      | 4.250.000  | zeitliche Streckung des Förderungsprogramms   |
| 11 040  | 883 30 | Verkehrsberuhigung Ruhrgebiet                                | 8.000.000       | 2.000.000  | Sparhaushalt läßt Ausgabensteigerungen grundsätzlich nur in unabwiesbaren Sonderfällen zu; Streckung der Abwicklung des Restprogramms |

| Kapitel | Titel  | Kurzbezeichnung  | Haushaltsansatz | Kürzung     | Begründung in Stichworten   |
|---------|--------|--|-----------------|-------------|---|
| 11 040  | 531 70 | Veröffentlichungen, Dokumentation und Informations-tagungen            | 290.000         | 200.000     | geringerer Untersuchungsbedarf, daher Reduzierung der Veröffentlichungs- und Tagungskosten  |
|         | 533 70 |  | 25.000          |             |   |
| 11 040  |        | Wissenschaftliche und experimentelle Untersuchungen (Stadtentwicklung) |                 |             | Teil der überhöhten und konzeptionslosen Gutachtenvergabe durch die Landesregierung. Sparhaushalt läßt Untersuchungen vorhaben allenfalls im Rahmen des Ergebnisses 1985 zu |
|         | 536 70 | - durch Dienststellen des Landes                                       | 470.000         |             |   |
|         | 685 70 | - durch Dritte   | 3.500.000       | 1.700.000   |   |
| 11 060  | 893 70 | Zuschüsse Wohnungsbau  | 497.564.000     | 497.564.000 | Angeichts der zwingenden Notwendigkeit eines Sparhaushaltes kann das Wohnungsbauprogramm insgesamt nur noch aus Mitteln des Landeswohnungsbauvermögens bestritten werden    |

| Kapitel | Titel                      | Kurzbezeichnung  | Haushaltsansatz | Kürzung      | Begründung in Stichworten   |
|---------|----------------------------|--|-----------------|--------------|---|
| 11 080  | gesam-<br>tes Ka-<br>pitel | Staatshochbauverwaltung  | 102.180.100     | 10.000.000   | Ausgabenreduzierung als Folge der von der F.D.P. geforderten Privatisierung der noch der Staatshochbauverwaltung obliegenden Aufgaben   |
| 11 100  | gesam-<br>tes Ka-<br>pitel | Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung                                      | 6.009.300       | 600.000      | Aufgabenstellung als eigenständiges Institut fragwürdig; konkrete Forschungsergebnisse lassen sich erheblich günstiger nutzbar machen. Kostenreduzierung als Folge der einzuleitenden Auflösung des Instituts |
| 11 300  | 124 20                     | Einnahmen Schloß Augustsburg und Schloß Falkenlust in Brühl aus diplomatischen Empfängen | 99.000          | mehr: 50.000 | Angemessene Erhöhung durch Änderung der Verträge mit dem Bund   |



C Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 11 des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, soweit er in die Zuständigkeit des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen fällt, mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion unverändert angenommen. Die CDU-Fraktion stimmte deshalb dagegen, weil der Etat ihrer Auffassung nach eine derartige Vielzahl von Ungereimtheiten aufweise, daß man ihm insgesamt nicht zustimmen könne. Dies wurde von der SPD-Fraktion als nicht zutreffend zurückgewiesen.

Trabalski  
Vorsitzender